

Ihre Gesprächspartner/-innen:

Dr. Johann Kalliauer

Mag.^a Bernadette Hauer

Präsident der AK Oberösterreich

Leiterin der Abteilung Bildung, Jugend
und Kultur der AK Oberösterreich

**Vom Kindergarten bis zur Weiterbildung:
Es ist höchste Zeit, in Bildung zu investieren!**

**Die bildungspolitischen Forderungen
der AK Oberösterreich**

Pressekonferenz

Donnerstag, 7. Oktober 2021, 10 Uhr

Die österreichische Bundesregierung hat die Auswirkungen der Corona-Krise im Bildungssystem unterschätzt und vielfach zu spät oder zu zögerlich reagiert. Ein Beispiel dafür: Erst seit Beginn dieses Schuljahres bekommen Kinder ab der fünften Schulstufe digitale Endgeräte zur Verfügung gestellt – nach fast 18 Monaten zwischen Distance-Learning und Schichtbetrieb. Klar ist nach mehr als eineinhalb Jahren Pandemie: Wir brauchen langfristige Investitionen und eine nachhaltige Strategie für unser gesamtes Bildungssystem. Zudem hängen in Österreich Bildungschancen und Berufskarrieren unserer Kinder nach wie vor sehr stark von Faktoren wie Einkommen, sozialem Status und Bildungshintergrund der Eltern ab.

Frühkindliche Bildung forcieren

In Krabbelstuben, Kindergärten, Horten und ganztägigen Schulformen wird wertvolle Bildungsarbeit (Spracherwerb, motorische Fähigkeiten, Sozialisationsarbeit...) geleistet. Diese kann nur erfüllt werden, wenn Finanzierung und Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten stimmen. Was nicht der Fall ist. Kindergärten werden noch immer nicht als erste Bildungseinrichtungen gesehen. Das zeigt sich etwa an den Gruppengrößen (bis zu 25 Kinder pro Gruppe in OÖ), die eine individuelle Betreuung fast unmöglich machen. Im Bundesländer-Vergleich hinkt Oberösterreich bei Angeboten und Öffnungszeiten und damit bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf hinterher und hat enormen Aufholbedarf.

Schule – AK-Chancenindex jetzt!

Das Distance-Learning brachte eine Reihe von Herausforderungen mit sich, wobei Einkommen und Beruf der Eltern, Größe der Wohnung und Zugang zum Internet von zentraler Bedeutung waren. Die Arbeiterkammer hat seit Beginn der Pandemie Eltern regelmäßig dazu befragt, die Ergebnisse sind ernüchternd: Die Ausgaben für Schulkosten sind gestiegen, der Bedarf an Nachhilfe war durch den pandemiebedingten Schulbetrieb größer. Dazu fehlte oft das Geld, um die technischen Voraussetzungen für das Lernen zuhause schaffen zu können. Das betraf vor allem Familien mit einem Monatseinkommen unter 2.500 Euro, Alleinerziehende und Familien mit drei oder mehr schulpflichtigen Kindern.

Am Ende des Sommersemesters 2021 hielten es rund 90 Prozent der Eltern als sehr oder eher wichtig, kostenlosen schulischen Förderunterricht während des Schuljahres anzubieten. Ebenfalls interessant: Sieben von zehn befragten Eltern befürworten den Ausbau der Nachmittagsbetreuung, fast die Hälfte der Eltern (48 Prozent) findet den Ausbau ganztägiger Schulformen für wichtig bzw. eher wichtig. Die Realität in Oberösterreich sieht hingegen anders aus. Für nur 17 Prozent der Schüler/-innen im Alter von sechs bis 13 Jahren gibt es einen Platz in einer Ganztagschule.

2016 wurde gesetzlich geregelt, dass die Schulerhalter bis zum Jahr 2025 vom Bund 750 Millionen Euro bekommen, um das Angebot an ganztägigen Schulen zu verbessern. Zwei Jahre später wurde der Zeitraum für die Zuwendungen bis 2032 gestreckt – und somit der dringend erforderliche Ausbau ganztägiger Schulformen deutlich verlangsamt. Erschwerend kommt hinzu, dass ab nächstem Jahr eine Ko-Finanzierung nötig wird. Das heißt, dass dann aus diesen Bundesmitteln nur noch maximal 70 Prozent der Höchstbeiträge für Infrastruktur oder Personal eingesetzt werden dürfen.

Gerade jetzt brauchen Schulen mit besonderen Herausforderungen deutlich mehr finanzielle Mittel. Im Projekt „100 Schulen – 1.000 Chancen“ können sich Schulen für eine zusätzliche Finanzierung bewerben, allerdings kommt mit den österreichweit 100 Schulen, die in das Projekt einbezogen sind, gerade einmal jede elfte Pflichtschule in den Genuss einer solchen Zuwendung. Zweitens ist das Projektbudget mit 15 Mio. Euro zu gering bemessen. Nach dem AK-Chancen-Index-Modell würde es alleine für diese 100 Schulen zusätzlich zwischen 45 und 60 Millionen Euro brauchen. Drittens gibt es diese Mittel erst mit Sommersemester 2022, also viel zu spät.

Psychische Belastung ernst nehmen

Mehr als 90 Prozent der von der AK befragten Eltern befürworten einen Ausbau der psychosozialen Angebote für Kinder und Jugendliche. Kein Wunder: Etwa zwei Drittel der Kinder sind nach Aussage ihrer Eltern gereizter und antriebsloser als im Vergleich zur Vor-Corona-Zeit. Viele Kinder leiden aber auch verstärkt unter Müdigkeit und haben weniger Energie. Ihnen fehl(t)en nicht nur Freunde,

sondern auch Ventile (etwa Musikschulen, Theater, Sportunterricht), um den Frust rauslassen und Geschehnisse verarbeiten zu können.

Die Arbeiterkammer OÖ fordert:

- Oberste Priorität hat eine Schulfinanzierung nach dem Modell des AK-Chancenindex.
- Die Schülerbeihilfe muss deutlich erhöht und jährlich an die Inflation angepasst werden. Die aktuelle Erhöhung um lediglich zehn Prozent ist zu wenig!
- Versteckte Kosten im Bildungssystem müssen abgebaut werden. Individuelle Förderung statt teurer privater Nachhilfe – unter anderem durch einen Rechtsanspruch auf eine Sommerschule an jedem Schulstandort in den letzten drei Wochen der Sommerferien.
- Die OÖ. Schulveranstaltungshilfe muss ausgebaut werden, um allen Kindern und Jugendlichen Gemeinschaftserlebnisse und Bewegung zu ermöglichen.
- Individueller Rechtsanspruch auf einen Platz in einer Ganztagschule.
- Flächendeckendes Angebot qualitätsvoller, kostenloser Ganztagschulen, vor allem der verschränkten Form. Die Finanzierung muss langfristig sichergestellt werden. Finanzielle Unterstützung der Gemeinden durch das Land Oberösterreich, um das bundesweite Ziel, bis 2022 für 40 Prozent der Schüler/-innen im Pflichtschulalter einen Betreuungsplatz in einer Schule oder in einem Hort sicherzustellen, zu erreichen.
- Es braucht ausreichend öffentlich finanzierte psychosoziale und -therapeutische Unterstützungsangebote für Kinder und Jugendliche.

Lehrlinge – die vergessenen Jugendlichen?

In der Corona-Zeit belastete Lehrlinge sowohl das Distance-Learning in den Berufsschulen, aber auch die beschränkten betrieblichen Ausbildungsmöglichkeiten. Obwohl die duale Ausbildung ein wichtiges Standbein des österreichischen Berufsbildungssystems ist, wurden Berufsschulen durch die öffentliche Hand nur sehr wenig unterstützt. Unter anderem führten fehlende Laptops zu mangelhafter Teilnahme am Home-Schooling.

Auch die Gefahr einer Ausbildungsunterbrechung oder eines Lehrabbruchs stieg. Daher hat die Arbeiterkammer rund 130 Tablets/Laptops für Berufsschüler/-innen zur Verfügung gestellt. Die Unsicherheit – vor allem von kleineren Firmen – führte in einigen Branchen ebenfalls zu einem massiven Rückgang der Lehrverträge. Positiv: Durch die Einbeziehung der Lehrlinge in die Kurzarbeit konnten viele Lehrverhältnisse gesichert werden. Anfang Oktober stehen 2.804 offenen Lehrstellen 499 Lehrstellensuchende gegenüber. Bei traditioneller Betrachtung des Angebots und der Nachfrage am Lehrstellenmarkt ergibt sich ein Überhang von 2.305 Lehrstellen. Bezieht man allerdings das gesamte Lehrlingspotenzial ein – also auch 468 arbeitslose Jugendliche bis 19 Jahre mit max. Pflichtschulabschluss und 1.792 Jugendliche bis 19 Jahre in Schulungen mit max. Pflichtschulabschluss – vermindert sich der Überhang auf 45 Lehrlingsstellen.

Die Arbeiterkammer OÖ fordert:

- Verstärkte Angebote zur Berufs- und Bildungswegorientierung
- Anrechnung und Anerkennung bereits gelernter Lerninhalte zwischen höheren und mittleren Schulen, Lehre und außerschulischen Ausbildungseinrichtungen
- Einheitliche und nachvollziehbare Qualitätsstandards, wie zum Beispiel regelmäßige Audits der Ausbildungsbetriebe und eine verpflichtende Qualitätsüberprüfung zur Mitte der Lehrzeit, um Ausbildungsdefizite beseitigen zu können. Außerdem braucht es eine digitale Ausbildungsdokumentation.
- Reform der betrieblichen Lehrstellenförderung, Abkehr vom Gießkannenprinzip.
- Nachhaltige Verbesserung des Prüfungssystems in der dualen Ausbildung: Zeitgemäße, transparente und zielgruppengerecht aufbereitete Prüfungsanforderungen und -inhalte.

Ausbildungsabbrecher gezielt unterstützen!

Jahr für Jahr scheiden in Oberösterreich mehr als 3.000 Jugendliche vorzeitig aus Schule oder Lehre aus. Im Jahr 2019 verließen 1.753 Schüler/-innen (davon 1.258 unmittelbar nach erfüllter Schulpflicht) ohne weiterführenden Abschluss die Schule, 1.384 Lehrlinge erreichten keinen Lehrabschluss. Der „frühe Ausbildungsabbruch“ (FABA) umfasst im Landesschnitt 13,6 Prozent der 20- bis

24-Jährigen. 12,6 Prozent dieser Altersgruppe sind weder in Beschäftigung, Ausbildung oder Schulung (N.E.E.T. = not in Employment, Education oder Training).

Vieles deutet darauf hin, dass Corona diese Zahlen noch weiter erhöht. Unter anderem, weil im Pandemieverlauf die Aufstiegsregeln lockerer gehandhabt wurden und weil die Lernbedingungen gerade in sozial benachteiligten Haushalten eingeschränkt waren. Mit der Folge, dass immer mehr Jugendliche an psychischen Pandemiefolgen leiden – verbunden mit Perspektivenlosigkeit und der Gefahr gesellschaftlicher Ausgrenzung. Je früher die Bildungslaufbahn beendet wird, umso schlechter sind die Karten am Arbeitsmarkt.

Die Arbeiterkammer OÖ fordert:

- verstärkte Prävention im Schulsystem
- langfristige bedarfsgerechte Finanzierung ausreichender Kapazitäten für „Auffangmaßnahmen“ (z.B. überbetriebliche Lehrausbildungen...) und für kostenloses Nachholen von Bildungsabschlüssen.
- Ausbildungsgarantie für junge Erwachsene zwischen 20 und 24 Jahren. Spätestens nach vier Monaten Arbeitslosigkeit sollten alle jungen Erwachsenen ein Angebot vom AMS für eine Schulung oder einen Job bekommen. Die Kürzung der Ausbildungsbeihilfe für junge Erwachsene in überbetrieblichen Lehreinrichtungen um mehr als die Hälfte ist zurückzunehmen.
- Jugendliche müssen verstärkt motiviert werden, die Ausbildung fortzusetzen.
- Die Kapazitäten des kostenlosen psychologischen und psychotherapeutischen Angebots für Jugendliche und junge Erwachsene müssen rasch erweitert werden.
- Freifahrt und „Jugendticket-Netz“ für alle Jugendlichen in Ausbildung – auch für jene, die sich in Produktionsschulen, Berufsorientierungskursen und Stabilisierungsprojekten befinden.

Zur Situation an den Hochschulen

Der Bedarf an psychologischer Beratung für Studierende ist im letzten Jahr um 25 Prozent gestiegen. Seit Ostern 2021 wurde die Anzahl an Vollbeschäftigten in psychologischen Studierendenberatungen um 40 Prozent erhöht. Weiterhin

besteht die Gefahr vermehrter Studienabbrüche, vor allem von berufstätigen Studierenden, die ihre Nebenjobs verloren haben. Geradezu grotesk ist daher die Novelle der Bundesregierung zum Universitätsgesetz, welches trotz Pandemie und erschwerter Studienbedingungen zu Verschärfungen im Studienrecht bzw. Prüfungssystem geführt hat, wie etwa eine zweijährige Sperre bei Nichterbringung einer Mindeststudienleistung von 16 ECTS (European Credit Transfer and Accumulation System, soll Transparenz von erbrachten Studienleistungen bringen).

Die Arbeiterkammer OÖ fordert:

- Es braucht die Möglichkeit eines Teilzeitstudiums sowie einen gesetzlichen Beurlaubungsgrund „berufstätig“
- Verbesserte Information und Beratung über berufsbegleitende Studienvarianten
- Umfassende Reform des Stipendienwesens
- Keine Studiengebühren für berufstätige Studierende, erhöhte Mittelzuweisung für Hochschulen mit hohem Anteil an berufstätigen Studierenden zur besseren Vereinbarkeit von Studium und Beruf
- Gebührenfreier Zugang zu Fachhochschulen, Universitäten und Pädagogischen Hochschulen

Mehr Zeit und Geld für (berufliche) Weiterbildung

Die Zukunft der Arbeit, die Digitalisierung und die Sicherung von Demokratie brauchen lebensbegleitendes Lernen. Das Nachholen von Bildungsabschlüssen, beruflichen Umschulungen, aber auch die steigende Nachfrage nach Arbeitskräften im Gesundheits- und Sozialbereich, dominieren die Weiterbildungsaktivitäten der Beschäftigten. Hauptgründe für die geringe Teilnahme an beruflicher Weiterbildung war/ist die Vereinbarkeit mit der Arbeitszeit und/oder mit familiären Verpflichtungen sowie die Finanzierbarkeit. Durch die Umstellung auf Online-Angebote in der Weiterbildung ergeben sich Chancen, aber auch Gefahren. Während einerseits Menschen vom vereinfachten und individualisierten (zeit- und ortsunabhängigen) Bildungszugang profitieren, erhöht sich andererseits auch die Bildungsabstinenz – aufgrund mangelnder Technik-Affinität oder notwendiger Medienkompetenz.

Zudem ist berufliche Weiterbildung vielfach Privatsache: Arbeitnehmer/-innen, die sich weiterbilden möchten, müssen vielfach die Kosten dafür selbst tragen und ihre Freizeit opfern. Das Nachholen eines Berufsabschlusses oder einer Matura (Berufsreifeprüfung) ist zum Beispiel eine kosten- und zeitintensive Angelegenheit und kann bis zu 4.000 Euro kosten, die im Regelfall vorfinanziert werden müssen. Bildungsförderungen kommen (zumindest in OÖ) erst nach Abschluss von Vorbereitungslehrgängen zum Tragen. Immerhin holen pro Jahr rund 1.500 Personen ihren Lehrabschluss nach. Es waren im letzten Jahr auch mehr als 3.100 Teilnahmen an Vorbereitungslehrgängen zur Berufsreifeprüfung zu verzeichnen. Mit dem Sozialpartner-Modell „Du kannst was!“ wurde bereits vor Jahren ein Weg beschritten, durch Anerkennung von Berufserfahrung oder anderwärtig erworbenen Kompetenzen das Nachholen eines Berufsabschlusses zu verkürzen. Solche Modelle gilt es österreichweit auszubauen.

Die Arbeiterkammer OÖ fordert:

- Qualifizierungsgeld bzw. Ausbau und Absicherung des Fachkräftestipendiums zur Existenzsicherung bei längerfristigen Ausbildungen
- Rechtsanspruch auf Zeit für Weiterbildung (Bildungskarenz, Bildungsteilzeit, eine Woche Bildungsfreistellung)
- Kostenloses Nachholen von Lehrabschlüssen und Berufsreifeprüfung
- Rechtsanspruch auf Anerkennung bereits erworbener Kompetenzen
- Rücknahme der 40-prozentigen Kürzungen beim oö. Bildungskonto in den letzten vier Jahren, stattdessen Ausbau der Bildungsförderungen